LANDESHAUPTSTADT

WIESBADEN

Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung II Punkt 10.1 der öffentlichen Sitzung am 2. April 2025

Antrags-Nr. 25-F-63-0027

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 01.04.2025 zum TOP II.10 25-V-41-0003 Hess. Staatstheater Auswirkung Tarifabschlüsse der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2. April 2025

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Wiesbaden wird durch strukturelle Unterfinanzierung weiter verschärft. Während die Kommunen immer mehr Aufgaben übernehmen müssen, bleiben die finanziellen Mittel von Bund und Land unzureichend. Dies führt dazu, dass freiwillige Leistungen, insbesondere im Kulturbereich, zunehmend unter Druck geraten.

Die Stadt Wiesbaden ist durch bestehende Verträge verpflichtet, einen festen prozentualen Anteil an den Kosten des Staatstheaters zu übernehmen. Die jüngsten Tarifabschlüsse, welche die antragstellenden Fraktionen unterstützen und die dringend notwendig für die Beschäftigten sind, erhöhen jedoch auch die finanziellen Herausforderungen.

Die Tarifsteigerungen sind jedoch nur ein kleiner Anteil der Aufwendungen für das Haus insgesamt. Gerade die Kosten für Instandhaltungen und Sanierungen werden in den nächsten Jahren zu erheblichen Kosten führen. Vor diesem Hintergrund erscheint es geboten, gemeinsam tragfähige Lösungen für eine gerechtere Finanzierungsstruktur zu entwickeln, um die Handlungsfähigkeit des Staatstheaters und der Stadt langfristig zu sichern. Parallel dazu sollten weitere Potenziale zur Ergebnisverbesserung und Kostenoptimierung ausgelotet und der konstruktive Dialog mit dem Land über eine ausgewogene Lastenverteilung fortgeführt und vertieft werden. Sollte eine solche Verständigung nicht gelingen, ist auch eine Neubewertung der bestehenden Finanzierungsvereinbarungen zu erwägen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten,
   a. Welche bisherigen Maßnahmen des Staatstheaters zur Kostenoptimierung, Ergebnisverbesserung und Effizienzsteigerung durchgeführt wurden und darzulegen, welche weiteren Maßnahmen bereits in der Umsetzung oder in Planung sind.
   b. Welche Ergebnisse die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch PWC (unter finanzieller Beteiligung der Stadt Wiesbaden) gebracht hat und wann diese den Gremien vorgelegt wird.
   c. Wie der Anteil des Eigenfinanzierungsgrades des Staatstheaters kurz und mittelfristig gesteigert werden kann, um den weiter steigenden Zuschussbedarf seitens der Träger zumindest teilweise aufzufangen.

2. mit dem Land Hessen in Gespräche zu treten. Ziel dieser Gespräche soll es sein, eine konkrete Einigung zu erreichen, die weitere Ergebnisverbesserungen des Hessischen Staatstheaters gewährleistet, indem nachhaltige Maßnahmen zur Kostenoptimierung und zur Effizienzsteigerung entwickelt und umgesetzt werden. Dies soll unter Berücksichtigung der vertraglichen Verpflichtungen sowie der Bewahrung der künstlerischen Qualität

geschehen. Zudem soll eine stärkere Beteiligung des Landes an den Kosten des Staatstheaters erreicht werden.

Beschluss Nr. 0111

Der Antrag wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 02.04.2025
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, 02.04.2025
im Auftrag

Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Bock